

Profite zu machen, sowie die Erhöhung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung sind bereits die ersten Auswirkungen des vom Trustkapital diktierten und von der Sozialdemokratie durchgepeitschten Finanzprogrammes.

Diese von uns in kurzen Jügen aufgezeigte Koalitions-politik der Sozialisten, ihre tägliche Verzerrung an den proletarischen Klasseninteressen, das ist die wahre Ursache der wachsenden Not der wertvollen Massen und der steigenden Profite der Bourgeoisie.

Aber diese selbe Gesellschaft magt es, von einer „Besserung“ der Lage der Erwerbslosen zu sprechen. Zu klammern ist das Schwindelmonopol, als daß auch nur ein denkender Arbeiter darauf herinzufallen würde. Die Arbeiterschaft begreift in wachsendem Maße, daß die tiefste Erwerbslosigkeit keine zufällige und vorübergehende und durch „Witterungseinflüsse“ hervorgerufene Erscheinung ist, wie die Schönredner und Preiselichter des Kapitalismus den Arbeitern erschließen wollen. Sie begreift, daß sie eine unentzerrliche Begleitererscheinung des an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehenden Kapitalismus ist. Der Kampf gegen diese Arbeitslosigkeit kann darum nicht mit kapitalistischen Mitteln geführt werden, er kann aber auch nicht von jenen geführt werden, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen, ihn verteidigen, die sich mit ihren Reichtümern in ihm wohlfühlen und die sich der Bourgeoisie gegenüber verpflichtet haben, für die Durchführung des Finanzplans zu sorgen.

Der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit ist eine Frage des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterschaft.

Er ist aufs engste verbunden mit dem Kampf um höhere Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit ist ein Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen auf Erhöhung ihrer erbärmlichen Unterhaltungen und Zahlung derselben für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Er ist ein Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und gegen die Massenentlassungen. Vor der Arbeiterschaft steht noch wie vor die Aufgabe, durch geschlossene Aktionen in dieser Richtung den Kampf in allen Betrieben und Stempelstellen durchzuführen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei stehen dabei an der Spitze der Arbeiter. Der am kommenden und Sonntag stattfindende

Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird in den Mittelpunkt seiner Beratungen den Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen die Massenentlassungen, für höhere Löhne, den Eichenstundentag und die Forderungen der Erwerbslosen stellen.

Er wird das Kampfprogramm schaffen, auf dessen Grundlage die gesamte deutsche Arbeiterschaft in einheitlicher und geschlossener Front kämpfen muß.

Darum gilt es, auch den letzten Betrieb und die letzte Stempelstelle für den Landeskongreß zu mobilisieren, Delegierte zu ihm zu entsenden und sich einzufinden in die breite Kampffront des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei, gegen die kapitalistisch-sozialistische Snagers und Unterdrückungsopposition, für die proletarische Gegenoffensive.

Landeskonferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes

Wachsende Aktivität der proletarischen Frauen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Am Sonntag dem 19. Januar tagte eine Konferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes im Bürgergarten Dresden. Die Konferenz nahm Stellung zu dem Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen gegen den Kapitalismus. In den Berichten der Delegierten aus ganz Sachsen kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen immer mehr in den Vordergrund des Kampfes gegen das kapitalistische System tritt. Die neue Verfassung für ganz Sachsen wurde einstimmig angenommen, um auch die Kräfte des RWF (Roth proletarischer Frauen) für Sachsen zu konzentrieren. Auf den fortgeschrittenen Terror der Sozial- und Nationalsozialisten antworteten die Delegierten mit dem Beschluß, eine große Kampagne für die Wehrhaftmachung der proletarischen Frauen, um den Arbeitermördern und Terroristen gebührend begegnen zu können. Die Aufgabe wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution umrissen, bis wir morgen veröffentlicht werden. Mit dem Kampflied der Arbeiterklasse schließen die Delegierten die Konferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes, die das Gelübnis ablegten, alle Kräfte daranzusetzen, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen einzureihen in die Front des proletarischen Befreiungskampfes.

Zum 22. Januar

Heute ist ein Vierteljahrhundert vergangen seit jenem schweren Sonntag, an dem die Arbeiter des damaligen Petersburg, unaufgeklärt wie sie waren, unter Führung eines mit großen Worten spielenden Pfaffen vor den Palast des Zaren zogen, das Wahlrecht erbitten wollten und blauen Köhnen als Antwort erhielten. Jene fürchtbare Mchel des 22. Januar 1905 bildete die Einleitung der ersten großen russischen Revolution: eine Welle politischer Massenstreiks, die wiederum ihrerseits Märkchenschaftskämpfe an allen Ecken auslösten, ging über das Land. Nach wenigen Wochen begannen die Arbeiter bereits ihre Demonstrationen zu verteidigen und Barrikaden zu errichten, um in dem gewaltigen Oktoberstreik des Jahres 1905, der den Zaren zum Zustandekommen des allgemeinen Wahlrechts zwang, in dem Moskauer Dezemberaufstand des gleichen Jahres fand die Revolution ihren Höhepunkt. Noch einmal wurde sie geschlagen, noch einmal ihren Höhepunkt — erit im Anschluß an die Erfahrungen der Revolution von 1905 hat der Bolschewismus in der russischen Arbeiterbewegung endgültig mit dem Menschewismus abgerechnet können. Und trotzdem — jeder Arbeiter in Rußland und in der ganzen Welt versteht, daß das Blut der Toten am 22. Januar die Saat war, aus der der hegreiche Oktober 1917, die erste erfolgreiche Machtergreifung durch das Proletariat erwachsen ist. Der Pfaffe Gapon wurde bald nach jenem Tage von den Revolutionären als Spöbel entlarvt und hingerichtet. Der Zar samt seiner Meute ist unter den Augen der Rotarmisten zusammengebrochen. Die Paläste, vor denen die Arbeiter demonstrierten, sind Ruinen, Klubs und Kinderheime gemordet. In nichts vergangen ist die fürchtbare Nacht des Absolutismus, die an jenem Sonntag die Petersburg Arbeiter in den Tod schickte, der Name der Stadt selbst ist gefallen — in Leningrad wird heute gleichzeitig der 25. Geburtstag des Schwarzen Sonntags und der 6. Todestag des großen Führers der hegreichen Revolution gefeiert. Stärker als alle Bajonette, härter als die Kugeln sind die Arbeiter gewesen, die an diesem Sonntag in widerstandlos ansonnenberaubten und sich im Blute wälzten.

Beginn der Londoner Flottenkonferenz

Aufrüstung unter pazifistischen Phrasen

Geister wurde in London die See-„Abbrünnungs“konferenz der imperialistischen Mächte — Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien — eröffnet (mit Deutschland gibt man sich nicht mehr besonders ab, worüber die bürgerliche Presse begreifliche Tränen des Behauens vergießt). Die pazifistische Phrase ist natürlich nichts anderes als der äußere Deckmantel für die imperialistische Aufrüstung, für die Ausstodung der wachsenden Gegenkräfte zwischen den Imperialisten, die insbesondere im Zusammenhang mit der amerikanischen Wirtschaftskrise, mit dem verfallenden Franz des amerikanischen Imperialismus nach erweiterter Kapitalanlage und damit Exportiermöglichkeiten ungenutzt verblieben wurden. Verschieden wurde insbesondere der grundlegende Gegensatz zwischen dem amerikanischen und dem englischen Imperialismus — über diese Tatsache kann keine Phrase, können keinerlei Abmachungen zwischen Raebonald und Hoover hinwegtäuschen, die aus der Schwäche der Stellung des englischen Imperialismus und herüber aus den Bedrohungen der imperialistischen Demagogie der englischen „Arbeiter“regierung erwachsen sind. England weiß, daß es bei einem Wettstreit mit dem finanziell überlegenen Amerika den Atem verlieren muß. Und so sucht es, durch künstliches Hochheben an die Fortschritte des amerikanischen Imperialismus einer solchen offenen Niederlage auszuweichen, wenigstens den Schein der Parität mit Amerika (die Zeiten, wo England für sich die unbestrittene Seesherrschaft beanspruchten kennt, sind unüberwindlich dahin) zu beschaffen.

Tatsächlich hat man sich in den Vorbereitungen mit Amerika bis auf den einen Punkt geeinigt, der die Zahl der Amerikas jubelnden großen (10.000 Tonnen) Kreuzer betrifft. Nachdem England insgesamt 240.000 Tonnen Kreuzer-Tonnage gegen nur 200.000 Tonnen Amerikas zugestimmt hat, fordert Amerika zum Ausgleich innerhalb der ihm zugewiesenen Tonnage 21 große Schiffeinheiten gegenüber den 15 englischen, während England Amerika nur eine Leberlebenszeit von 15 zu 15 zugewiesen will. Aber dieser relativ untergeordnete Differenzpunkt tritt zurück hinter den wichtigeren, der auf der Vancouver Konferenz zweifellos wieder aufgerollt werden müssen.

Amerika und England haben sich auf die theoretische Forderung nach Abschaffung der U-Boote „geeinigt“ — aber diese Forderung wird in London zweifellos an dem Widerstand der kleineren Mächte scheitern, und damit werden neue Kampfproben nach den „unlösbaren“ U-Bootschwimmern und insbesondere nach der Zahl der neuen großen amerikanischen Unterseeboote aufgerollt werden. Amerika und England haben sich unter der heuchlerischen Voraussetzung „verständigt“, daß Japan nur 60 Prozent ihrer Flotte zugestimmt erhält, — aber Japan fordert insgesamt 70 Prozent, und bezieht sich dabei noch obenstehend auf den amerikanischen Notwendigkeit, insbesondere an großen Kreuzern. Wenn Amerika also seinen Willen durchsetzt und 21 große Kreuzer bauen darf, würde Japan 14 solche Einheiten beanspruchen — und damit dem im Stillen Japan verfügbaren Teil der 15 englischen Großkreuzer zweifellos überlegen sein.

Und so ist eine Neuauflösung der englisch-amerikanischen Frage angesichts der Auseinanderlegung mit Japan unvermeidlich. Und das gleiche gilt in bezug auf die Mittelmeerflotte. Italien fordert kategorisch die Parität mit Frankreich — im härtesten Gegensatz zu dem — und nicht zu diesem Zweck. Unternehmung an die größeren Mächte, insbesondere an Amerika. Andererseits haben Italien, Frankreich und Japan gegen die Großmächtigen gemeinsame Interessen an der Beibehaltung und dem Ausbau der U-Bootschwärme, die geeignet ist, Kräfteunterschiede zwischen den Flotten auszugleichen, aber auch heute noch in ihrer Anwendung auf ganz große Entfernungen beschränkt ist.

In der Frage der Flugzeugmutterflotte stehen wiederum die Großen gegen die Kleinen, aber auch Amerika gegen England, — und so ergibt sich eine ganze Reihe von Gegenständen, in denen sich die kleinen Imperialisten und die großen grupieren können, in denen jeder versucht, den Partner zu isolieren und dadurch zu gewinnen. Und unmittelbar ist von Italien wie von England die Frage eines „Locarno“ für das Mittelmeer bzw. für den Mittelmeerraum — d. h. also die Frage der Schaffung neuer imperialistischer Bündnisverträge aufgeworfen worden.

Und so bleibt die Aufrüstung? Nun, die moderne Kriegstaktik entwickelt sich immer offensichtlicher in der Richtung zu mittelgroßen (zwischen 10- und 20.000 Tonnen), schnellen, starkbewaffneten und Flugzeugangriffen relativ wenig ausgeleiteten Einheiten. Die verschiedenen Imperialisten wetteifern mit „pazifistischen“ Vorstößen auf Verabreichung der zulässigen Größe der Großkampfschiffe (die gegenwärtig 35.000 Tonnen beträgt, ohne daß ein Mensch weiß, wieviel im Ernstfall diese kolossalen Riesenschiffe wert sind) — wobei Amerika mit dem Vorstoß von 20.000 Tonnen wüßiger Höchstgröße gegenwärtig die Spitze hält. Aufrüstung über alles — aber nur mit modernen Mitteln!

Ganz vorläufige Schwereverträge wollen lieber zu einer einfachen Verlängerung der Lebensdauer der Großkampfschiffe streifen, um zunächst in ein paar Jahren an den Fortschritten der Technik festzustellen, ob die großen Flotten nicht vielleicht überholt werden — garum, ob nicht der Kelloggpaß den bauenden Betrieben garantiert!

Nur zu deutlich geht zwischen den Friedensphrasen das Gesicht des neuen imperialistischen Raubkrieges hervor, und wenn die „sozialistischen“ Agenten des englischen Imperialismus glauben, daß ihre amerikanischen Partner durch die Wirtschaftskrise friedlicher geworden sind, so können sie sich überlügen. Schmerzlicher als die finanzielle Klemme wiegt für den Imperialismus, je mehr seine Absatzmöglichkeiten wachsen, der Drang nach Erschließung neuer Absatzgebiete und Abgabebereiche, der Drang zur imperialistischen Expansion. Und die große Frage ist eigentlich nur die, ob es den großen Mächtern gelingen wird, diesen ihren Ausbehnungsdrang mit vereinten Kräften gegen die Sowjetunion zu richten und so lange noch mit irgendwelchen Kompromissen die Gegenläufe untereinander zu verwickeln.

Stimmender Protest gegen den Arbeitermord

Die Landeskonferenz des RWF in Sachsen vom 30. Januar 1930 protestiert auf das schärfste gegen den sozialfaschistischen Arbeitermord von Harzmannsdorf, dem 5 Tote und 20 schwerverletzte Proletarier zum Opfer fielen. Die Konferenz fordert sofortige Aufhebung des Demonstrationssperrens in Chemnitz und geht, mit allen Kräften den Haß der Arbeiterklasse gegen das mörderische faschistische System zu entfachen und die Arbeiterinnen im Kampf zum Sturz des Kapitalismus zu mobilisieren.

Hermann-Müller-Kabinett will erhöhte Reichsbahnlarife beschließen

Die arbeiterfeindliche Politik der sozialfaschistischen Hermann-Müller-Regierung findet keine Grenzen. Nachdem sie in Berlin den erhöhten Tarifen der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zugestimmt hat, sollen jetzt auch die Fahrpreise der Reichsbahn im ganzen Reich heraufgehoben werden. Im Anschluß an die Mitteilung über die Tarifherhöhungen in Berlin schreibt die Arbeiterpartei Deutschlands in Berlin: „Die Erhöhung der Reichsbahnlarife wird sich das Reichskabinett Ende Januar oder Anfang Februar beschließen.“

Während die Not unter den Werttätigen ständig im Wachsen begriffen ist, geht die Reichsregierung unter Führung der Sozialfaschisten dazu über, die Lebenslage der Arbeiterschaft noch zu verschlimmern. Die Antwort der Arbeiter darauf kann nur sein: Kampf für höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit!

Der Tschermomjen-Affäre-Prozess

In der Verhandlung am 21. Januar sollten die Münchner Zeugen dem Tschermomjen-Affäre-Prozess gegenübergestellt werden. Herr Bell ist aber wegen Erkrankung am Erhöhen verhindert, so daß die Münchner Zeugen wieder nach Hause geschickt wurden. Der einzige Zeuge (!) Schneider, der vernommen wird, ist jener Münchner Druckerbetrieber, der zuerst die falschen Tschermomjen hergestellt hat. Herr Schneider verweigert zunächst generell jede Aussage, und ebenso dann die Antwort auf jede einzelne Frage, die ihm vorgelegt wird. Nachdem sich die georgischen Angeklagten noch über die inneren Verhältnisse Georgiens von ihrem weigardillischen Standpunkt aus geäußert haben, erklärt der Staatsanwalt auf Anfrage, daß er mit der Vernehmung Kapitän Ehrhardt einverstanden sei. Herr Ehrhardt hat bereits an den Vorhängen ein Schreiben gerichtet, in dem er von seiner Vernehmung Abstand zu nehmen bittet, da er eine „nicht verlässbare Reise antrete“. In diesem Schreiben behauptet Ehrhardt dann, daß die Ziele Karamidze, nämlich Rußland zu verschlagen, seinen Zielen direkt entgegenstehen. Weiter behauptet Herr Ehrhardt, von der genauen Geldsäcker-Affäre nichts zu wissen und auch Herrn Karamidze mit Geld nicht unterstützt zu haben. Von einer Vereinbarung, einen Verbindungsmann der Organisation C mit den georgischen Gruppen bei Herrn Ehrhardt ebenfalls nichts bekannt. Trotzdem beschließt das Gericht, Ehrhardt auf nächsten Montag als Zeugen zu laden. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß die deutsche Justiz, die Herr Ehrhardt aus Leipzig entlassen ließ, ihm in München laßige Wäsche ausstelle und seinen Hochverrat amnestiere. Herr Ehrhardt somit belästigt wird, daß die wirklichen Zusammenhänge zwischen dieser deutschen und der georgischen Weigardillengruppe aufgedeckt werden.

Fememörder Fahlbuch bei den Nazis

Vor einigen Wochen entließ die sozialfaschistische Koalitionsregierung den bekannten Fememörder Fahlbuch aus dem Gefängnis. Kaum ertrug sich dieser Nordhandl der Freiheit, so nimmt er bereits sein Handwerk von neuem auf. Fahlbuch ist der Nationalsozialistischen Partei beigetreten. Die SA-Abteilungen haben geeigneten Zugang erhalten.

Die Republik gelattet dielem Mörder, von dem bekannt ist, daß er drei Morde auf dem Gewissen hat, frei auf den Straßen herumzulaufen. Zu gleicher Zeit werden die proletarischen politischen Gefangenen weiter in Ketten gehalten. Rudolf Wargals soll auf weitere Jahre im Zuchthaus gehalten werden. Die Arbeiterschaft verlangt die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Will die sozialfaschistische Preußenregierung noch länger den Ruf der Werttätigen unbeantwortet lassen?

Bürgerliche Polizei schützt Nazibanditen

Berlin, 22. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In einer von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern auf der einen und Nationalsozialisten und Polizei auf der anderen Seite. Die Versammlung war von weit über 1000 revolutionären Arbeitern besetzt. Um die Häftlingshungerkämpfe vor den revolutionären Proletariats zu klären, hatte Bürgerliche ein Riesenaufruf an Polizei zusammengesetzt. Sämtliche Straßenzugänge zu dem Versammlungsort waren abgesperrt. Die in der Umgebung lebenden Arbeiterfamilie wurden nach Waffen durchsucht und auf den Straßen herrschte ein regelrechter Terror der Bürgerliche-Polizei. In der Versammlung kam es nach der Rede eines Genossen zu einem Zusammenstoß. Die Nationalsozialisten schickten ihre Sturmabteilungen gegen die Arbeiter vor, und gleichzeitig griff auf ein Signal hin die Bürgerliche-Polizei ein. Die Arbeiter lehnten sich zur Wehr, wobei die Nationalsozialisten die Protestergrünfte zu spüren bekamen. Die Saaleeinrichtung ging in Trümmer. Die Polizei verhaftete zahlreiche Genossen, und mehrere Arbeiter wurden bei den Zusammenstößen verletzt.

Klassenjustiz gegen kommunistische Presse

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am 21. Jan. den Genossen Friedrich Stucke wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 1/2 Jahren Festung. Genosse Stucke hat als verantwortlicher Redakteur im „Bolschewo“ für Berlin-Brandenburg und die Aufsicht der Revolutionen abgedruckt, in denen sich die Berliner Arbeiter für die Demonstration am 1. Mai, trotz dem Bürgerliche-Terror ausgesprochen hatten. Weber die Ermordung der 33 Arbeiter am 1. Mai, noch die Verurteilung kommunistischer Redakteure wird die Arbeiterschaft von dem hegreichen Kampf um das Recht auf die Straße abhalten.